27. Januar 2017 ■ 60. Ausgabe

Liebe Leserinnen und Leser,

Martin Schulz wird unser Kanzlerkandidat und übernimmt den Parteivorsitz. Das ist eine hervorragende Nachricht, die wir am Dienstag in der Fraktion erhalten haben. Ich freue mich auf den Wahlkampf mit Martin Schulz, einem erfahrenen Politiker, den ich als hervorragenden Redner im Wahlkampf, aber auch in der Fraktion bereits mehrfach erlebt habe.
2013 war für mich ein besonderes Ereignis als ich Martin Schulz in Lünen anlässlich der 150-Jahr-Feier unserer Partei begrüßen konnte.

Eine kämpferische Rede von Martin Schulz in der Landesgruppe NRW und in der Bundestagsfraktion. Er wird die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellen und weiß, wie man mit rechten Scharfmachern umgeht. Michaela und ich freuen uns auf einen Wahlkampf mit Martin Schulz.

Als ehemaliger EU-Parlamentspräsident hat er die Erfahrung, um rechten Populisten in Deutschland und in Europa die richtigen Antworten zu geben.
Mit Martin Schulz, präsentieren wir bei der offiziellen Nominierung am Sonntag einen Kandidaten und Herausforderer für Angela Merkel, der auf Anhieb in ersten Umfragewerten mit großer Beliebtheit bei den Wählern punkten konnte. Im Willy-Brandt-Haus verzeichnete man an diesem Tag eine Eintrittswelle. Man traut Martin Schulz einiges zu. Das sehe ich bei unserer Kanzlerin nicht. Sie lässt ein klares Programm vermissen. Bei Angela

Merkel hatte man zuletzt ja eher das Gefühl, dass sie zur Kandidatur getragen werden musste.

Die Entscheidung von Sigmar Gabriel gilt es zu respektieren. Er hat die Partei auch in schwierigen Zeiten gut geführt und positioniert.

Für die geleistet Arbeit und für den Schritt, den Weg für einen aussichtsreicheren Kandidaten frei zu machen, ist ihm zu danken.

Bundestag gedenkt der Holocaust-Opfer

Der Bundestag hat heute in einer Gedenkstunde der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Anlass war der 72. Jahrestag der Befreiung des deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz durch sowjetische Truppen. In diesem Jahr erinnerte die Gedenkfeier insbesondere an die Opfer der „Euthanasie“ im nationalsozialistischen Deutschland. Bundestagspräsident Norbert Lammert erinnerte insbesondere an die „Kranken, Hilflosen und aus Sicht der NS-Machthaber „Lebensunwerten“, die im sogenannten „Euthanasie“-Programm ermordet wurden: 300.000 Menschen, die meisten zuvor zwangssterilisiert und auf andere Weise gequält worden sind.“ Auch in meinem Wahlkreis wird heute der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. In Selm, Werneund Hamm hat es starke Aktionen gegen Rechtsradikalismus gegeben. In Lünen vergeben wir seit 1994 an diesem Tag alle zwei Jahre den Heinrich-Bußmann-Preis. Die Lüner SPD zeichnet damit Persönlichkeiten aus, die durch Aktivitäten im gesellschaftlichen, sozialen oder kulturellen Bereichen ein hohes Maß an Engagement, Zivilcourage und Toleranz bewiesen haben. Die nächste Verleihung wird im Januar 2018 stattfinden.

Michaela und ich haben in der vergangenen Woche am Holocaust-Mahnmal der Opfer gedacht.

Rechtsklarheit bei Umsetzung der Richtlinie für Wohnimmobilienkredite

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, über den wir in erster Lesung beraten haben, geht es insbesondere auch um eine Präzisierung der Umsetzung der EU-Richtlinie für Wohnimmobilienkredite. Bestehende Unklarheiten haben in den vergangenen Monaten die Kreditvergabe insbesondere für junge Familien, befristet Beschäftigte und Seniorinnen und Senioren erschwert.
Wie von der SPD-Bundestagsfraktion gefordert, sieht der Gesetzentwurf der Bundesregierung u.a. vor, dass bei den Sicherheiten für ein Darlehen Wertsteigerungen von Immobilien uneingeschränkt berücksichtigt werden dürfen, wenn das Darlehen dem Bau oder der Sanierung der Immobilie dient.

Wir müssen unsere Werte verteidigen

Die Angriffe des neuen US-Präsidenten Donald Trump auf die freie Presse der USA und seine ersten per Dekret gefassten Entscheidungen sind alarmierend. Einmal mehr sind wir alle gefordert, unsere Werte einer sozialen und freiheitlichen Demokratie zu verteidigen, denn das transatlantische Bündnis steht vor einer Bewährungsprobe. Wie keiner seiner Vorgänger setzt Trump auf Protektionismus nach dem Motto „America first“ und nationale Abschottung.

Deshalb ist es wichtig, dass wir selbstbewusst die europäischen Interessen und Standpunkte gegenüber der neuen US-Administration

und dem amerikanischen Kongress vertreten. In der Handelspolitik ebenso wie in Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Die Staaten Europas müssen nun zusammenstehen und sich auf ihre Gemeinsamkeiten besinnen. Nationale Alleingänge wie sie Le Pen, Wilders und die AfD uns weismachen wollen, sind nicht der richtige Weg. Das Gegenteil ist der Fall: Ob Grenzsicherung, Flüchtlingskrise, Terrorabwehr oder die Schaffung von wirtschaftlichem Wohlstand – nichts davon lässt sich mehr allein auf nationaler Ebene lösen.

SPD-Erfolg beim Unterhaltsvorschuss

Bund und Länder haben sich endlich auf eine Ausweitung des Unterhaltsvorschuss geeinigt. Das ist eine gute Nachricht für Alleinerziehende und deren Kinder. Sie werden ab 1. Juli 2017 länger staatlich unterstützt, wenn der andere Elternteil keinen Unterhalt zahlt: Die Begrenzung der Bezugsdauer beim Unterhaltsvorschuss auf bislang sechs Jahre wird abgeschafft und die Altersgrenze für Kinder, bis zu der Unterhaltsvorschuss gezahlt wird, von bisher 12 auf 18 Jahre angehoben. Der Bund wird künftig 40 Prozent der Kosten dafür tragen.

Mit der Ausweitung des Unterhaltsvorschusses bekämpfen wir Kinderarmut und investieren zielgerichtet in die Zukunft von Jugendlichen. Denn jedes Kind und jeder Jugendliche soll die gleiche Chance auf ein gutes Leben haben.

ICH MEINE:

„ Wir haben uns gegen die CDU durchgesetzt und den Unterhaltsvorschuss ausgeweitet. Jetzt gibt es für Alleinerziehende länger staatliche Unterstützung. Das ist genau das, was Alleinerziehende in der Realität brauchen.“

Weniger strenge Lärmgrenzwerte Privilegierung des Kinderlärms ist das Ziel

Sport ist ein wichtiger Bestandteil unseres gesellschaftlichen Lebens. Er ist nicht nur gesundheitsfördern sondern auch wichtiger Bestandteil unserer Integrationsbemühungen. Sport verbindet. Deshalb darf Sport nicht am Rande unserer Städte stattfinden, sondern in ihrer Mitte. Das Parlament hat dazu ein deutliches Votum abgegeben und sich dafür ausgesprochen, weniger strenge Lärmgrenzwerte an Sportanlagen einzugeführt. Damit sind die Sorgen vieler Vereine vom Tisch, dass durch die aktuell geltenden Richtwerte, Nutzungszeiten von Sportanlagen beschränkt werden. Wir haben damit ein deutliches Bekenntnis für lebendige Städte abgegeben, in denen auch der Sportbetrieb, gerade für Kinder, seinen Platz haben muss. Ziel muss

Michaela Engelmeier, sportpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

es aber sein, das hat unsere sportpolitische Sprecherin Michaela Engelmeier in ihrer Rede im Plenum deutlich gemacht, den durch Kinder verursachten Lärm auf Sportanlagen zu privilegieren, wie das schon bei Kindertageseinrichtungen gehandhabt wird.

Meiner Meinung nach ist es nicht zu verstehen, dass der Lärm, den Kinder in Schulen und Kindergärten verursachen, anders zu bewerten ist, als der Lärm, der auf Sportanlagen entsteht. Kinderlärm ist keine schädliche Umwelteinwirkung. Darum muss die Privilegierung von Kinderlärm in allen Gesetzen implementiert werden. Bei der Anhörung am Montag, an der ich auch teilgenommen habe, ist das von fast allen Experten auch so gesehen worden.

Wir brauchen einen vernünftigen Interessensausgleich, bei dem die Anforderungen der Sportvereine mit dem berechtigten Ruhebedürfnis der Nachbarschaft solcher Anlagen in Einklang gebracht wird.

Kommunales Investitionsprogramm verdoppeln

Mit dem Nachtrag zum Bundeshaushalt 2016 verdoppelt der Bund das Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ um 3,5 Milliarden Euro auf insgesamt 7 Milliarden Euro. Diese Mittel sollen gezielt für Investitionen des Bundes in die kommunale Bildungsinfrastruktur eingesetzt werden. Möglich wird dies durch unseren Verhandlungserfolg im Rahmen der Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen, mit dem wir das Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufgebrochen haben. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, dass im Zuge des Nachtragshaushalts auch über die Verwendung der Haushaltsüberschüsse entschieden wird. Sie sollen aus Sicht der SPD-Fraktion für Investitionen in moderne Schulen und Berufsschulen, schnelles Internet und leistungsfähige Verkehrswege verwendet werden.

Jahreswirtschaftsbericht 2017

Am Donnerstag hat Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel in einer Regierungserklärung den in dieser Woche im Kabinett verabschiedeten Jahreswirtschaftsbericht vorgestellt.
Trotz Unsicherheiten über das weltwirtschaftliche Umfeld – Stichworte: Protektionismus der Trump-Regierung, Brexit, Abkühlung des chinesischen Wachstums – wird die deutsche Wirtschaft 2017 voraussichtlich weiter solide wachsen, auch wenn die Wachstumsrate aufgrund der größeren Zahl an Feiertagen etwas moderater als im vergangenen Jahr ausfallen dürfte.

Der Jahreswirtschaft 2017 stellt das Bekenntnis zu Wachstum in den Mittelpunkt. Es geht darum, ein steigendes Wohlstandsniveau damit zu verbinden, dass davon möglichst alle Teile der Bevölkerung profitieren und der erarbeitete Wohlstand gerecht in der Gesellschaft verteilt wird. Dabei sind wir in dieser Legislaturperiode ein gutes Stück vorangekommen: Die Zahl der Beschäftigten erreicht auch in diesem Jahr einen neuen Rekordwert und die Realeinkommen der privaten Haushalte werden auch in diesem Jahr spürbar steigen. Im Durchschnitt hat 2017 jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer rund 2.000 Euro mehr Jahresnettoeinkommen im Portemonnaie als zu Beginn dieser Legislaturperiode.

Die deutsche Wirtschaft wird 2017 voraussichtlich weiter solide wachsen.

ICH MEINE:

„ Wachstum darf nicht nur für große Konzerne und die Wohlhabenden in unserem Land ein Thema sein. Wachstum muss auch bei den Menschen in meinem Wahlkreis ankommen.“

In diesem Jahr gibt der Bund selbst 36,1 Mrd. Euro für Investitionen aus. Das entspricht einer Steigerung um mehr als ein Drittel in dieser Legislaturperiode. Länder und Kommunen werden im Zeitraum 2013 bis 2018 insgesamt um 79 Mrd. Euro entlastet.

Mehr Schutz vor übertragbaren Krankheiten

Mit dem Gesetzentwurf, den wir in dieser Woche erstmals beraten, soll der Schutz vor übertragbaren Krankheiten in Deutschland weiter verbessert werden. Durch eine Erweiterung der Meldepflichten bei Krankenhausinfektionen wollen wir zukünftig eine bessere Nachvollziehbarkeit von Übertragungswegen erreichen. Ebenso wollen wir bis spätestens 2021 ein elektronisches Meldewesen einführen, um den Öffentlichen Gesundheitsdienst zu entlasten. Auch die Zusammenarbeit der Bundes- und Länder-behörden soll weiter verbessert werden, um in Zukunft bei einem Krankheitsaus-bruch noch schneller reagieren zu können.

Neue Spielräume für den städtischen Wohnungsbau schaffen

Diese Woche haben wir in erster Lesung über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung der EU-Richtlinie im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenlebens in der Stadt beraten. Mit dem Gesetz wird das Baugesetzbuch an die geänderte Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung angepasst und eine neue Baugebietskategorie „Urbane Gebiete“ eingeführt.
Viele Städte brauchen dringend Wachstumsperspektiven und bezahlbaren Wohnraum. Mit dem neuen Baugesetzbuch wird das Bauen in stark verdichteten städtischen Gebieten leichter und schneller.
Der Gesetzentwurf greift zudem weitere städtebauliche Anliegen

auf: So werden u.a. Rechtsunsicherheiten für Ferienwohnungsbetreiber und Kommunen in Zusammenhang mit der Genehmigung vor allem in reinen und allgemeinen Wohngebieten beseitigt und die kommunalen Steuerungsmöglichkeiten ausgeweitet. Auf diese Weise wird verhindert, dass Wohnraum vor Ort dem Markt entzogen wird.

ICH MEINE:

„Soziale Gerechtigkeit heißt für mich auch, dass Menschen in ihrer Umgebung bezahlbaren Wohnraum finden. Hier ist noch einiges zu tun. Der Gesetzentwurf geht in die richtige Richtung.“

Mit dem Gesetz erhalten Städte und Kommunen verbesserte Möglichkeiten der Nachverdichtung in Innenstädten, so dass eine höhere Bebauungsdichte möglich wird, um zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Bauabfälle höherwertig recyceln

Auf der Veranstaltung der Verbände der deutschen Bauindustriediskutierten Fachleute aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik über die Entsorgung von Bauabfällen, welche den weitaus größten Teil aller in Deutschland anfallenden Abfälle ausmachen. Insgesamt gab es in Deutschland 2014 349, 7 Mio. Tonnen Abfälle, davon waren 197, 7 Mio. Tonnen Bau- und Bruchabfälle, also mehr als die Hälfte. Im Gegensatz dazu umfassen die immer wieder diskutierten Verpackungsabfälle aus Haushalten nur, 4,5 Mio. Tonnen. Auch werden fast 90 % der Bauabfälle recycelt. Bauabfälle sind sowohl von

Diskussionsrunde mit meinen Kollegen Peter Maiwald und Dr. Thomas Gebhart.

der Menge als auch von der Verwertungsquote ein sehr wichtiger Bestandteil der Kreislaufwirtshaft. Neben der Wiederverwertung als Ersatzbaustoffen werden Bauabfälle auch häufig als Verfüllung im Straßenbau eingesetzt. Michael Thews: „Wir müssen in der Zukunft Bauabfälle noch besser verwerten.

Ziel muss es ein hochwertiges Recycling sein: aus Bauabfälle sollen möglichst viel Material wieder als Baustoff verwendet werden. Dabei muss aber auch der Umweltschutz beachtet werden, eine Gefährdung von Grundwasser und Boden ausgeschlossen sein. Bei der Umsetzung dieser Ziele ist die deutsche Bauwirtschaft ein guter Partner."

Ich grüße mit viel Aufbruchstimmung aus Berlin und wünsche Ihnen ein sonniges Wochenende.

Michael Thews